

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

**Abgeordneten-Büro Berlin:**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche  
**Bewahrung der europäischen Idee**  
**Bundestag und Bundesrat beschließen Stabilisierung der**  
**gemeinsamen Währung**

Es war ein Parforce-Ritt, wie er selten vorkommt und nur dem Krisendruck der Umstände geschuldet ist. Der Deutsche Bundestag beriet in dieser Woche rasch und dennoch verantwortungsbewusst über die Stabilisierung des Euro. Alle drei Lesungen fanden kurz nacheinander statt – ungewöhnlich und damit sinnfälliger Ausdruck der Schwere der Krise. Am heutigen Freitag schließlich wurde mehrheitlich mit 327 Ja- zu 273 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung und 21 nicht abgegebenen Stimmen das „Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“ beschlossen, wie die Euro-Rettungsinitiative in typischem Bürokratendeutsch heißt.

Den Beratungen war eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel vorangegangen, in der sie eindringlich für das milliardenschwere Rettungspaket für den Euro warb.



(Nur ein stabiler Euro kann dem Dollar die Waage halten)

„Langfristige Stabilität ist ohne gesunde Staatsfinanzen undenkbar. So einfach ist das“, sagte Merkel. Auch Deutschland habe über seine Verhältnisse gelebt und in den letzten 40 Jahren mehr Schulden gemacht als gut gewesen sei. Sie sprach sich für eine umfassende Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aus und nannte die im Jahr 2004 von der rot-grünen Bundesregierung betriebene Lockerung des Euro-Stabilitätspaktes einen „großen Fehler“.



(Schwäbischer Sachwalter deutscher Interessen sekundiert der Kanzlerin im Ringen um eine stabile Währung: Unions-Fraktionschef Volker Kauder)

In der sich anschließenden Debatte appellierte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an die SPD, Verantwortung für die Stabilität des Euro zu übernehmen. Der Euro sei nicht der Euro der Regierungskoalition, sondern die Währung unseres Landes, sagte Volker Kauder. Der Bundestag müsse gemeinsam die Herausforderungen annehmen, da es hier um eine nationale Verantwortung und nicht um parteipolitische Interessen gehe. "Wir sind felsenfest überzeugt, dass eine Alternative eine schlechtere Lösung wäre", sagte der Fraktionsvorsitzende.

**Wie sehen die von den Koalitionsfraktionen beschlossenen Maßnahmen zur Eurostabilisierung konkret aus:**

Künftig wird es möglich sein, Euro-Staaten finanziellen Beistand zu gewähren, wenn diese durch außergewöhnliche Ereignisse ernstlich von der Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. In dieser Absicht soll die Europäische Union Finanzmittel im Volumen von bis zu 60 Milliarden Euro bereitstellen und eine Stabilitätsgemeinschaft entstehen, die zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit Kredite im Umfang von bis zu 440 Milliarden Euro gewähren kann.

Diese Kredite der Stabilitätsgemeinschaft werden durch die teilnehmenden Euro-Staaten garantiert. Auf Deutschland entfällt damit ein maximaler Bürgschaftsbeitrag von 147,6 Milliarden Euro: Eine Garantiesumme von 123 Milliarden Euro, die im äußersten Notfall durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages um bis zu 20 % oder 24,6 Milliarden Euro weiter erhöht werden kann.

Voraussetzung für die Übernahme der Gewährleistung ist sowohl ein einstimmiger Beschluss aller Euro-Staaten als auch ein umfassendes Konsolidierungsprogramm, das der betroffene Staat zuvor mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission unter Mitwirkung der Europäischen Zentralbank vereinbart haben muss.

Darüber hinaus wird sich auch der Internationale Währungsfonds mit 220 Milliarden Euro am Rettungsschirm für den Euro beteiligen.

**Ganz wichtig – und um klar zu machen, dass Deutschland kein Goldesel zur Alimentierung haushalterisch unzuverlässiger Partnerländer**

**sein wird und die jetzigen Hilfen nicht zur Gewohnheit werden: Die Koalition wird den unter Rot-Grün ausgehöhlt und geschwächten Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder stärken.**



(War mitverantwortlich für die Aushöhlung des Stabilitätspaktes von 2004: Rot-Grüns Ex-Finanzminister Eichel)

Die Europäische Kommission hat hierzu in der vergangenen Woche Vorschläge unterbreitet, die in die richtige Richtung führen. Zudem wird die Bundesregierung durch die Koalitionsfraktionen aufgefordert, Banken und Anlagefonds dauerhaft an den Kosten von Krisen zu beteiligen, die durch sie mit verursacht wurden. Über die Bankenabgabe hinaus setzt sich die Bundesregierung auf europäischer und globaler Ebene für eine wirksame Finanzmarktsteuer – das heißt: Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer – ein und wird so schnell wie möglich auch zu nationalen Maßnahmen greifen. Dazu gehört beispielsweise das Verbot von ungedeckten Leerverkäufen, wie es in dieser Woche schon durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verhängt wurde. Solche Leerverkäufe, bei denen Wertpapiere (z.B. Staatsanleihen) in der Erwartung fallender Kurse geliehen und weiterverkauft werden (mit der Absicht, sie später billiger zurückkaufen und dem Verleiher unter Einbehaltung des erzielten Gewinns zurückgeben zu können), haben hoch spekulatives Potential und stecken hinter den berühmten „Wetten“ gegen Griechenland, den Euro etc., von denen zuletzt viel die Rede war und die in der Tat beträchtlich zur

Verschärfung der jüngsten Krise beigetragen haben.

#### WEITERE THEMEN DER WOCHE:

- Neuer Wehrbeauftragter vereidigt
- Berufsbildungsbericht 2010 vorgelegt
- Fahren mit 17 dauerhaft ermöglichen

Hintergrundinformationen dazu erhalten Sie auf Wunsch vom Berliner Büro Thomas Strobls unter 030 / 227 72542.

#### PLENARREDE THOMAS STROBL:



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

#### Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Ziel des wichtigen, wenngleich etwas sperrig klingenden „Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung Deutsches Historisches Museum“, das in dieser Woche nach zweiter und dritter Lesung verabschiedet wurde, ist eindeutig und ehrenwert. Die Funktions- und Arbeitsfähigkeit der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ soll optimiert werden, um eine historisch angemessene, sensible und wahrhaftige Darstellung eines schmerzvollen Themas unserer Geschichte, der Vertreibung von Millionen Deutschen nach dem Ende des 2. Weltkrieges, zu ermöglichen.

Da es hiergegen zuletzt heftige Kritik von linker Seite gab und selbst in der gestrigen Debatte Verbalattacken gegen den Bund der Vertriebenen geritten wurden, die unerträglich sind („Berufsvertrie-

bene“, „Erpresser“), ergriff Thomas Strobl das Wort und stellte den korrekten Sachzusammenhang her:

„Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zugegeben, es hat etwas länger gedauert; aber heute ist es so weit.

(Jens Ackermann [FDP]: Was lange währt, ist gut!)

Nach intensiven und kontroversen Beratungen innerhalb dieses Hohen Hauses, aber auch außerhalb des Parlaments können wir die Gesetzesnovelle zum Deutschen Historischen Museum heute zum Abschluss bringen. Zentral geht es um folgende Frage: Wie kann die geplante Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, die dem Gedenken einer der schrecklichen Entwicklungen im Kontext der nationalsozialistischen Expansion und Vernichtungspolitik und ihren Folgen gewidmet ist, am sinnvollsten organisiert werden, um den Anspruch von Wissenschaftlichkeit und Wahrhaftigkeit zu erfüllen? Die dem Bundestag nun vorliegende Novelle hat, wie ich finde, auf diese Frage eine sehr gute Antwort gefunden und verdient deshalb, mit großer Mehrheit angenommen zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es gilt, auch und gerade mit Blick auf den eigentlichen Kerngedanken des Gesetzes, nämlich die Versöhnung, zu handeln. Zur Versöhnung kommt es durch Erinnerung, vor allem aber durch objektive Aufarbeitung des Vergangenen.

Ich möchte es noch einmal in Erinnerung rufen: Nicht beabsichtigt sind qualitative, inhaltliche Änderungen zur ersten Fassung des Gesetzes aus dem Jahre 2008. Bei der im Mittelpunkt der Novelle stehenden unselbstständigen Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ soll es um rein organisatorische Änderungen gehen. Beispielsweise wird der Stiftungsrat von 13 auf 21 Mitglieder vergrößert. Auch dem wissenschaftlichen Beraterkreis sollen mehr Personen angehören, und zwar bis zu 15 Personen anstatt der bisher maximal neun Personen. Dadurch soll eine Verbreiterung des wissenschaftlichen Spektrums erreicht werden, nicht zuletzt auch mit Blick auf eine internationale Besetzung.

In diesem Zusammenhang sind zuletzt immer wieder Vorwürfe erhoben worden, durch diese Verbreiterung würde dem Bund der Vertriebenen ein zu großer Einfluss eingeräumt und es sei eine Majorisierung des Stiftungsrates durch die Vertriebenenorganisation zu befürchten. Dies ist nachgerade absurd.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich will gerne kurz Nachhilfe in Sachen Mathematik erteilen, die man insbesondere bei der Linken nötig zu haben scheint. Majorisierung, also Dominanz im

Sinne einer Mehrheitsherrschaft, läge in einem Gremium von 21 Personen bekanntlich erst ab einer Anzahl von mindestens zwölf Mitgliedern vor. Das ist das Doppelte des Anteils, den das Stiftungsgesetz für Vertreter des Vertriebenenbundes vorsieht. Sechs Mitglieder darf der Bund der Vertriebenen stellen, was – wie immer man es auch drehen und wenden und welch obskure Rechenkunststückchen man auch anstellen mag – bei 21 Mitgliedern ganz bestimmt keine Mehrheit darstellt, sondern weniger als ein Drittel, also eine deutliche Minderheit.

Richtig ist lediglich, dass der Bund der Vertriebenen, wie übrigens andere Organisationen auch, zahlenmäßig stärker im Stiftungsrat vertreten sein wird. Das ist aber doch nur recht und billig; denn wer, wenn nicht die Vertriebenen selbst, hat allen moralischen Anspruch auf angemessene Berücksichtigung in einer Stiftung, die der Aufarbeitung der Tragödie Vertreibung dienen soll!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

In den Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gehören deshalb notwendigerweise, ja zuvörderst die Vertriebenen selbst. Ansonsten machte die Veranstaltung keinen Sinn, sie wäre eine Farce.

Dem stimmt übrigens – wofür ich sehr dankbar bin – prinzipiell der Vizepräsident dieses Hohen Hauses, der Kollege Wolfgang Thierse, zu. In einem vor wenigen Tagen erschienenen Zeitungsbeitrag hebt der SPD-Kollege die Rolle hervor, die die Vertriebenen in der Geschichte unserer Republik gespielt haben. Er beschreibt und rühmt zu Recht die von den Heimatvertriebenen und Entrechteten geleistete Hilfe beim Wiederaufbau nach 1945. Er betont das rastlose Engagement dieser Millionen Bundesbürger zugunsten der Versöhnung und der Völkerverständigung und bezeichnet es als mustergültig, was von dieser Gruppe in gesamtstaatlichem Interesse erreicht wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Und er hat recht damit!)

Ich gehe sogar so weit, zu sagen: Die Vertriebenen sind ganz wesentlich mit dafür verantwortlich, dass aus der nun über 60-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Erfolgsgeschichte geworden ist. Es gilt, diese bemerkenswerte Leistung hervorzuheben. Es soll deshalb betont werden, wie beeindruckend es ist, dass eine Gruppe von Bundesbürgern mit besonderer Leiderfahrung sich zu keinem Zeitpunkt ins Schneckenhäus der Selbstbemitleidung zurückgezogen hat, sondern seit Jahrzehnten politisch konstruktiv und offen am Bau des gemeinsamen Hauses Europa, das unser Schicksal und unsere Zukunft gleichermaßen ist, mitarbeitet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das wird leider nicht immer anerkannt!)



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Dass nun diese Gruppe und der von Frau Kollegin Steinbach so engagiert geführte Verband vor dem geschilderten Hintergrund alles Recht der Welt haben, die eigene Stimme zu erheben, wenn es darum geht, die Erinnerung an das erfahrene Unrecht und Leid wachzuhalten, ist für mich klar und die logische Konsequenz aus dem zuvor Gesagten. Das, denke ich, haben die Heimatvertriebenen verdient. Ich finde, das schulden wir ihnen über alle Parteigrenzen hinweg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die im Geiste der Versöhnung gehaltene Stiftung, die durch die Novelle übrigens auch eine höhere demokratische Legitimation bekommt, weil die Mitglieder vom Bundestag und nicht länger von der Bundesregierung berufen werden, kann nun ihre verantwortungsvolle Arbeit aufnehmen.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

Dass sie das rasch tun kann, ist zu wünschen; denn unsere gesamte Gesellschaft in Deutschland und darüber hinaus wird von der Stiftungsarbeit profitieren. Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**PRESSEMITTEILUNGEN:**



**Diskussion mit Thomas Strobl:**

**Handballjugendmannschaft aus  
Neuenstadt in Berlin  
(Mitteilung vom 10.05.2010)**

Eigentlich waren sie nach Berlin gekommen, um am Bundesfinale des Wettbewerbs „Jugend trainiert für Olympia“ teilzunehmen: Die Handballmädchen der Helmbundschule Neuenstadt. Bei ihrem Aufenthalt in Deutschlands Hauptstadt suchten die talentierten jungen Unterländerinnen aber mehr als nur den sportlichen Wettbewerb. Die Sportmädchen, unter denen sich auch die Zwillinge Helena und Maria aus der bekannten Oedheimer Handballer-Dynastie Odenwald befanden, wollten auch den Puls der Politik fühlen, der in Berlin hörbar und stark schlägt.

So hatten ihre Lehrer und Betreuer im Vorfeld der Berlinfahrt im Berliner Büro Thomas Strobls anfragen lassen, ob eine Besichtigung des Reichstages möglich wäre. Diesem Wunsch wurde ebenso entsprochen wie der Bitte, mit Thomas Strobl persönlich zusammenzukommen.

Der direkt gewählte Heilbronner Bundestagsabgeordnete nahm sich eine Stunde Zeit und diskutierte mit den Gästen aus Neuenstadt in einem der Besuchersäle des Paul-Löbe-Hauses über so unterschiedliche Themen wie Wahlrecht, Finanzverfassung, Europapolitik und Wehr-/Zivildienstproblematik.

Am Ende versammelte man sich zum Gruppenbild vor der Eingangstür, und Thomas Strobl verabschiedete seine Gäste mit den besten Wünschen für die noch ausstehenden Endrundenspiele im Handballfinale.

**Thomas Strobl gegen Sportver-  
anstaltung an Karfreitag:**

**CDU-MdB unterstützt Landesbischof  
July  
(Mitteilung vom 11.05.2010)**



(Erhält politische  
Schützenhilfe von Thomas Strobl: Landesbischof  
July)

Der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB, unterstützt den evangelischen Landesbischof Frank Otfried July in seiner Auffassung, dass beim Porsche-Tennis-Grand-Prix-Turnier im kommenden Jahr keine Spiele am Karfreitag stattfinden sollten:

„Der Karfreitag ist einer der höchsten christlichen Feiertage und es ist eine ungeheure Instinklosigkeit, auf diesen Tag Spiele einer solchen Sportveranstaltung anzusetzen.“

Daher appelliere er an den Veranstalter, den Terminplan zu ändern: „Es darf in unserer Gesellschaft nicht nur um Spaß und Vergnügen gehen, sondern wir sollten uns auch der Werte und Traditionen bewusst sein, die unser Land prägen, und wir müssen diese schützen.“

**Zitat zum Schluss:**

«Wir tun das für uns selbst und im Interesse nachfolgender Generationen»

(Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, am Freitag in Berlin in der Debatte über die Stabilisierung des Euro)